

Amthches Kreis-Blatt



für den

Unterlahn-Kreis.

Amthches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,
Reklamazeile 75 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 270

Diez, Montag den 18. November 1918

58. Jahrgang

Amthcher Teil

I. 11 522.

Diez, den 16. November 1918.

Bekanntmachung.

Amth. Bekanntmachung.

Die Entente verlangt von uns Ueberführung sämtlicher U-Boote; dazu ist die sofortige Rückkehr allen U-Boots-personals an seine Dienststelle unumgänglich nötig. Nur wenn wir alle Bedingungen erfüllen, ist der Friede gesichert. Die Rückkehr der U-Boots-Beatzungen ist dem Vertreter der Waffenstillstandskommission bestimmt zugesagt.

Stellvertretendes Generalkommando des 8. Armeekorps und Soldatenrat.

Vorstehendes wird den Herren Bürgermeistern mit dem Ersuchen um sofortige weitere Veranlassung bekannt gegeben.

Diez, den 16. November 1918.

Der Landrat.
Thon.

Bekanntmachung.

Sämtliche Angehörigen der Besatzung des Kriegsschiffes Regensburg haben sich sofort an Bord dieses Schiffes nach Stettin zu begeben. Größte Beschleunigung im Interesse des Friedensschlusses ist notwendig.

Oberlahnstein, den 16. Nov. 1918.

Im Auftrage des Soldatenrates:

Der Kommandeur
des Landwehrbezirks Oberlahnstein:
v. Hagen.

I. 12 466.

Diez, den 14. November 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Die nach meiner Undruckverfügung vom 27. 8. 1917, I. 6844, angeordneten Verdunkelungsmaßnahmen gegen Fliegerangriffe werden hiermit aufgehoben.

Der Landrat.
Thon.

Im Auftrage des Herrn Staatskommissars für Demobilisierung wird hiermit bekannt gegeben, daß das Verlassen des linksrheinischen Gebietes und des 10 Km. breiten Streifens östlich des Rheins verboten ist. Abgesehen davon, daß die durch Rückführung der Truppen aufs äußerste in Anspruch genommenen Bahnen eine Beförderung der abwandernden Bevölkerung nicht übernehmen kann, würden die größten Ernährungsschwierigkeiten eintreten. Außerdem schließt jeder sein Eigentum am besten, wenn er selbst da bleibt. Aufrechterhaltung der Ordnung und des Wirtschaftslebens erfordern jeden an seinen Platz.

Reisen sind nur gegen besondern Ausweisschein gestattet, der von den Ortspolizeibehörden im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu erteilen ist. Ausgenommen hiervon ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr.

Der Königl. Landrat.
Thon.

I. 12 164.

Diez, den 16. November 1918.

An die Magistrate in Diez, Nassau und Bad Ems und die Herren Bürgermeister der in Betracht kommenden Landgemeinden des Kreises.

Betr. Beleuchtungsmittelversorgung.

Zur Behebung von Beleuchtungsnotständen sind mir von der Kriegsschmierölgesellschaft in Berlin Paraffinkerzen zur Verteilung überwiesen worden. Sie sind nur für solche Haushaltungen bestimmt, die weder an Gas- noch elektrische Beleuchtung angeschlossen sind.

Ich habe die Kerzen, entsprechend der Anzahl der unverjorgten Haushaltungen unter die Gemeinden verteilt und ersuche dieselben bis zum 26. November d. Js. auf Zimmer 9 des Landratsamtes durch eine vertrauenswürdige Person, die mit einer Bescheinigung versehen sein muß, daß sie mit dem Empfang der Kerzen beauftragt ist, abholen zu lassen.

Die Bezahlung — der Preis stellt sich auf 23 Pfennig das Stück — hat entweder gleich bei der Abholung oder aber mittels Postanweisung bis spätestens zum 1. Dezember d. Js. an das Landratsamt in Diez zu erfolgen.

Der Königl. Landrat.
J. B.:
Bimmermann.

Auf den von einer Anzahl beteiligter Gewerbetreibenden gestellten Antrag zu Errichtung einer Zwangsinnung für alle in den Kreisen Limburg, Oberlahn, Unterlahn, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Westerburg und Dill das Friseur-Handwerk betreibenden Handwerker habe ich behufs Durchführung des gesetzlichen Abstimmungsverfahrens (§ 100 a R. G. O.) gemäß Ziffer 100 der Ausführungsanweisung vom 1. Mai 1904 den Herrn Landrat in Limburg zu meinem Kommissar ernannt.

Wiesbaden, den 26. Oktober 1918.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

Hierdurch mache ich bekannt, daß Erklärungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung für alle in den Kreisen Limburg, Oberlahn, Unterlahn, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Westerburg und Dill das Friseur-Handwerk betreibenden Handwerker schriftlich oder mündlich bis zum 25. November 1918 bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 8 bis 12 Uhr auf Zimmer Nr. 3 des hiesigen Landratsamts erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche in den Kreisen Limburg, Oberlahn, Unterlahn, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Westerburg und Dill das Friseur-Handwerk selbstständig betreiben, zur Abgabe ihrer Erklärung auf. Erklärungen, welche nicht klar erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, sind ungültig; nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Erklärungen bleiben unberücksichtigt.

Die Abgabe einer Erklärung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung der Zwangsinnung gestellt haben.

Limburg, den 7. November 1918.

Der Landrat

als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Zwangsinnung für alle das Friseur-Handwerk in den Kreisen Limburg, Oberlahn, Unterlahn, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Westerburg und Dill betreibenden Handwerker ersuche ich, sämtliche in Ihren Gemeinden wohnenden Friseure, welche ihr Handwerk selbstständig betreiben, auf die Bekanntmachung sofort ganz besonders aufmerksam zu machen und mir bis zum 20. dieses Monats mitzuteilen, an welchem Tage dies geschehen ist.

Limburg, den 7. November 1918.

Der Landrat.

als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten.

I. 12 468.

Die 3, den 13. November 1918.

Vorstehendes bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Ich ersuche die Herren Bürgermeister, alle in ihren Gemeinden wohnhaften Friseure, die ihr Handwerk selbstständig betreiben, auf die Bekanntmachung umgehend besonders hinzuweisen.

Der Landrat.

Thon.

I. 12 357.

Die 3, den 13. November 1918.

Bekanntmachung.

Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette hat der Oelmühle Ludwig Schmidt Wwe. in Weilmünster die Genehmigung zur Verarbeitung von Bucheckern erteilt.

Der Landrat.

Thon.

Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung des Königl. Kriegsministeriums ist eine erhebliche Vermehrung der Krankenlagerstellen im Heimatgebiet infolge der jetzigen Lage dringend notwendig geworden. Sie wird sich nur ermöglichen lassen, wenn in weit höherem Maße als bisher auf öffentliche Gebäude zurückgegriffen werden kann.

Die Eigentümer der betreffenden Gebäude und Anstalten werden daher ersucht, bei etwaigen Anforderungen von Seiten der Militärbehörden weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen und dabei eigene Interessen, soweit die dringend notwendige Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebes und der Schulzucht es irgend gestattet, nach Möglichkeit zurückzustellen.

Der Königl. Landrat.

Thon.

I. 12 646.

Wiesbaden, den 2. November 1918.

Ausförsen.

Der am 9. Mai 1902 zu Wiesbaden geborene Kaufmannslehrling Karl Süßenguth hat sich am 24. v. Mts. und dann am 2. d. Mts. ohne Wissen seiner Eltern aus seiner elterlichen Wohnung hier, Bismarckring 21, entfernt. Er treibt sich vermutlich umher. Es wird vermutet, daß er sich auf dem Lande umhertreibt. Jedenfalls handelt er mit ländlichen Gebrauchsgegenständen oder hamstert Lebensmittel.

Ich bitte um Anstellung von Nachforschungen nach dem Verbleib des Gesuchten eventuell unter kostenloser Zuhilfenahme der Presse und um Drahtnachricht im Betretungsfalle.

Für die Ermittlung und Wiederbringung des Süßenguth ist von dem Vater eine Belohnung von 100. Mark ausgesetzt.

Personal-Beschreibung: Größe mittelgroß, Gestalt schwächlich, schlank; Haare blond, kurz geschnitten; Gesicht blaß, länglich; Stirn hoch, geneigt; Augen blau; Augenbrauen bogenförmig, blond; Nase dick; Ohren mittel; Mund mittel; Zähne vollständig; Rinn gewöhnlich; Hände und Füße mittelmäßig; Gang und Haltung gewöhnlich.

Bekleidung: graumeliertes Jacketanzug, dunkelgrauer, welcher, eingeordneter Hut, grünmelter Ueberzieher mit großen Hornknöpfen, benagelte schwarze Schnürschuhe.

Der Polizei-Präsident.

Thon.

Streibefeln.

J.-Nr. 11 080 II

Die 3, den 9. November 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
mit Ausnahme derer des Landesgebiets Schaumburg
Betrifft: Waisenkasse.

Insolge der Aufforderung des Herrn Landes-Hauptmanns hat die diesjährige Waisenkasse demnächst zu beginnen.

Die gedruckten Waisennachrichten für das Jahr 1918 werden Ihnen daher in den nächsten Tagen in entprechender Anzahl zur Verteilung in den Gemeinden zugehen. Die Herren Bürgermeister, in deren Gemeinden Pfarrgeistliche wohnen, ersuche ich, diesen ein Exemplar der Nachrichten mit der Bitte zu übergeben, ihre Kirchspiel-Angehörigen durch eine geeignete Kanzelanrede auf die bevorstehende Sammlung aufmerksam zu machen und sie über deren Bedeutung zu belehren.

Am Tage nach der Verteilung der Nachrichten sind die Sammelisten von den Armenpflegern in ihrer oder eines Schiffs Begleitung, sofern der Ortsgeistliche auf Ihr Ersuchen die Begleitung nicht übernimmt, in allen Familien zur Zeichnung vorzulegen. Ueber die eingehenden und gesammelten Beiträge ist eine Nachweisung möglichst übersichtlich und mit Tinte geschrieben aufzustellen. Die Beiträge selbst sind binnen längstens 14 Tagen nach der Sammlung an die Kassastelle Landesbankstelle abzuliefern, die über den Empfang auf der Nachweisung Quittung erteilen muß.

Bis spätestens zum 20. Dezember d. Js. ist die mit der Quittung der Landesbankstelle versehene Liste hierher einzureichen.

Der Landrat.

Thon.

Die Soldatenentlassung.

W.B. Berlin, 15. Nov. Aufruf!

Entlassung aus dem Heere in die Heimat!

Im Heimatheere ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1870 einschließlich angeordnet. Jüngere werden folgen. Brute in unentbehrlichen Diensten, z. B. Gefangenenbewachung, müssen warten, bis sie ersetzt sind. Leute aus Elsaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen.

Leute aus dem linksrheinischen Räumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahrgängen 1898 und 99 angehören.

Wer von seiner Formation aus irgend einem Grunde abgekommen ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Fahrschein zu einem Ersatztruppenteil.

Ghre. Der Kriegsminister Schellch.

Ankunft deutscher U-Boote in Schweden.

Mittwoch nachmittag wurden von der Karlskronaer Seefestung fünf deutsche U-Boote gesichtet, die die deutsche Vorkriegsflagge hießen. Der schwedische Befehlshaber Admiral Schweb gab einem Torpedoboot Order, den U-Booten entgegenzufahren. Nachdem der Führer des U-Boots 124 mitgeteilt hatte, daß sie in Schweden interniert zu werden wünschten, weil sie sich dem revolutionären Deutschland nicht unterzuordnen beabsichtigen, durften die U-Boote entwaffnet in Karlskrona einlaufen. Mannschaften und Offiziere wurden interniert. Dagens Nyheter zufolge ist Mittwoch früh ein deutscher Hilfskreuzer vor Malmö auf dem Halbgroße gestrandet. Dieser Hilfskreuzer gehört der gegenrevolutionären Seemehrheit der deutschen Flotte an, die von kaiserlichen Marineoffizieren auf Rügen geleitet wird.

Sozialistische Bewegung in Italien.

Bern, 14. Nov. (W.B.) Wie der „Corriere della Sera“ erkennen läßt, wird in Mailand seit 10 Tagen kaum noch gearbeitet, obwohl die Arbeiterkammer durch die Arbeiterkammer zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wird. Es seien jedoch nur vereinzelte kleinere Zwischenfälle zu beklagen. — Nach Nachrichten des „Secolo“, sollen von der Mailänder Arbeiterkammer unter Führung von Turattis zwecks Wiederaufnahme der Arbeit folgende Bedingungen erfüllt werden: Amnestie für alle politisch Verurteilten, Aufhebung der Zensur und Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit. — „Unione Italiana di Lavoro“ verlangt von der Regierung, daß sie sofort, die anfangs des Krieges den Arbeitern gemachten Versprechungen erfüllen soll. Als solche werden erwähnt: der Achtstundentag, Mindestlohn, soziale Versicherung, Neuwahl des Parlamentes, absolute politische Gleichheit. Nur unter Gewährung dieser Garantien können die berechtigten Kämpfe um die Freiheit in geordnete Bahnen gelenkt werden. Selbst in den führenden Mailänder Blättern „Corriere“ und „Secolo“ vertreten in Zeitartikeln einzelne Teile diese Forderungen. „Corriere della Sera“ verlangt von der Regierung entschlossene Herbeiführung sozialer Reformen. Die sozialen Neuerungen müssen geordnet vor sich gehen und dürfen sich nicht revolutionär vollziehen. Der „Secolo“ bedauert, daß das italienische Parlament nach dem Siege nicht sofort einberufen wurde und hofft, daß sich der Bolschewismus für das siegreiche Italien vermeiden lasse. Er fordert die sofortige Abschaffung der Zensur, Amnestie für die politisch- und militärgerichtlich Verurteilten.

Einsetzung sämtlicher D-Züge.

Die Durchführung des Heeres aus dem Westen und Osten wird, wie die Berliner Eisenbahndirektion mitteilt, einschneidende Veränderungen im Reiseverkehr zur Folge haben. Die D-Züge werden von heute an ganz aufgehoben. Der Verkehr wird nur durch eine beschränkte Anzahl von Personenzügen aufrechterhalten werden. Auch im Güterverkehr werden Einschränkungen erfolgen, doch wird der Lebensmittel- und Kohlentransport unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Der Postverkehr dürfte voraussichtlich unter der Betriebseinschränkung der Eisenbahnen ebenfalls leiden.

England.

England auf der Suche nach den Schuldigen. Die englische staatliche Kommission zur Vorbereitung der Anklage gegen Angehörige des deutschen Heeres wegen Verletzung des Völkerrechts und der Kriegsbräuche zählt 22 Mitglieder, darunter Vertreter des Kriegsministeriums, der Admiralität, des Auswärtigen Amtes, Völkerrechtslehrer, Juristen, und arbeitet mit gleichartigen Kommissionen der anderen Ententemächte zusammen. Die Anklage erstreckt sich auf Kaiser Wilhelm II. und den deutschen Generalstab.

Eine Kundgebung der Nationalliberalen

Berlin, 13. Nov. Die in der Reichshauptstadt anwesenden Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des deutschen Reichstags erlassen folgenden Aufruf:

An die Parteifreunde im Lande! Das deutsche Volk steht vor der Tatsache einer revolutionären politischen Umwälzung. Die Geschichte und die Ueberlieferungen der Nationalliberalen Partei werden es ihr niemals erlauben, von den Wegen verfassungsmäßigen Handelns abzuweichen. Hierdurch ist für sie die Stellungnahme in der Entscheidung über die innere Umwälzung, die wir durchleben, ohne weiteres gegeben. Auch das deutsche Bürgerium wünscht eine grundlegende Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist sein fester Wille, mit allen Kräften weiterhin an der Schaffung neuer und dauerhafter Grundlagen eines wirklich demokratischen Staates mitzuarbeiten. Wahre Freiheit aber ist ohne volle Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes undenkbar und bedarf zu ihrer Sicherung staatlicher Ordnung. An Stelle des deutschen Reichstags kann daher nur eine gleichfalls aus allgemeinen, gleichen, gehehlen und direkten Wahlen hervorgehende Versammlung gebende Nationalversammlung treten. Allein aus dieser Nationalversammlung kann der Wille der Nation sprechen. Ihm sich zu beugen, ist dann vaterländische Pflicht. Wir fordern daher die Ausschreibung von Wahlen zu einer versammelte Nationalversammlung, sobald alle Wähler in der Lage sind, ihre staatsbürgerlichen Wahlpflichten zu erfüllen. Bis dahin muß für alle, die sich zu unserer Partei bekennen, es ein selbstverständliches Gebot sein, auf ihren Posten zu verharren und alles daranzusetzen, weiter schwere Schädigungen von unserm Vaterlande fernzuhalten. Der Krieg und sein trauriger Ausgang haben dem deutschen Volke so ungeheure Lasten auferlegt, daß sein Zusammenbruch nur durch eine geordnete Ueberleitung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Frieden verhindert werden kann. Den Nationalliberalen in Stadt und Land ist daher der Weg vorgeschrieben. Insbesondere verlangen es die gegenwärtigen Verhältnisse, daß alle zu unserer Partei gehörenden Beamten und Landwirte der vorläufigen Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen beistehen, den geordneten Gang der staatlichen Geschäfte aufrechtzuerhalten und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die vorläufige Regierung aber wird ihre Aufgabe nur in einem engen Zusammenhang mit dem deutschen Reichstag erfüllen können, dessen Mitglieder bis zur Wahl der Nationalversammlung des deutschen Volkes frei gewählte Vertreter bleiben. Nur eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung des ganzen Volkes kann den Frieden in völkerrechtlicher und unantastbarer Weise versichern und damit die Voraussetzungen für Deutschlands Zukunft als gleichberechtigtes Glied des erstrebten Völkerbundes schaffen. Wir aber gedenken auch in dieser schweren Zeit der großen Vergangenheit unserer Partei. Wir wollen ein einiges, alle deutschen Landesteile umfassendes Vaterland. Die Freiheit aller Deutschen ist stets ihr Ziel gewesen und wird es bleiben.

Der nicht wiederkommt.

Wenn die deutschen Soldaten wiederkehren, wird der unter ihnen fehlen, der im Weltkrieg der erste Feldgrabe war, Kaiser Wilhelm II. Er ist bekanntlich auf fremdem Boden. Unter allen früher gedachten Möglichkeiten von heute ist das die weitgehendste, aber wie die politischen Verhältnisse liegen, ist es wohl so zur Zeit am besten.

Auch der erste Hohenzollernkaiser hatte für längere Zeit den deutschen Boden verlassen. Nach der März-Revolution von 1848 begab er sich nach England und verblieb dort bis zum Herbst des genannten Jahres. Er hatte damals als ältester Bruder des kinderlosen Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und als Thronfolger den Titel „Prinz von Preußen“ und war 51 Jahre alt. Es wurde ihm zu Unrecht vorgeworfen, ein Gegner der Forderungen nach einer Volksverfassung zu sein. Man überzeugte sich später bald, daß diese Forderungen nicht begründet waren. Der Prinz lebte nach seiner Rückkehr aus England in Coblenz, bis er 1858 Regent und 1861 König von Preußen wurde.

Ob Kaiser Wilhelm II. dauernden Aufenthalt im Ausland behalten will, ist bisher nicht bekannt geworden. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sagte ein sozialistischer Führer, er habe nichts dagegen, wenn die Hohenzollern in Deutschland blieben. Es ist schwer zu übersehen, ob sich daraus nicht Konflikte ergeben könnten.

Der Kaiser trägt in der Villa Ventin in Arnheim in Holland, die ihm als Aufenthalt dient, Zivilkleidung, er hat die Uniform eines Generals, die er zuletzt trug, für die Zukunft abgelegt. Er sieht um fünf Jahre älter aus, wie gebrochen von den sich überstürzenden Ereignissen. Sein einst blondes Haar ist fast weiß, die Haltung gebeugt. Er ist wortkarg und weist Zuspruch zurück.

Die Riste der gestürzten Staatsoberhäupter wird unabsehbar werden, da die neue Bewegung auch in Feindes Land ihren Verlauf nimmt. Drei Kaiser (Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland) hat der Krieg gefordert, fast alle deutschen Bundesstaaten sind wie das Reich selbst in Republiken umgewandelt. Die Entente, die über Deutschlands Sturz frohlockte, steht selbst vor dem Abgrunde.

Wm.

Technik und Verkehr.

(1) Schnellbauten. In der kommenden Uebergangswirtschaft wird eine rasche und billige Bauweise von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Einige Schnellbauten, die auf der Breslauer Messe zu sehen waren und auch auf der in diesem Monat stattfindenden Ausstellung Sparsame Baustoffe ausgestellt sein werden, verdienen daher erhöhte Aufmerksamkeit. Die Umchau beschreibt einige dieser Schnellbauten. Das Arbeiterdoppelwohnhaus, welches von der Industrie-Aktien-Gesellschaft innerhalb knapp dreier Tage errichtet wurde, ist nach dem Schnellbausystem Schmeß hergestellt. Auf einem von Pfählen oder Mauerwerk gestützten Schwellenkranz wurde das Gerippe des Baues auf zweiteiligen eisernen Holztrüben errichtet. In die senkrechten Rinnen dieser Holztrüben wurden Betonplatten eingeschoben, so daß, abgesehen von den zur Bildung von Fenstern und Türen freigelassenen Öffnungen, nach Verstreichen der Fugen in den Platten eine geschlossene Hohlwand hergestellt war. Diese Wand kann außen mit Mauerbelag versehen und innen mit Gipsplatten belegt werden, in denen auch Nägel haften. Fenster- und Lärmaahmen lassen sich leicht einschieben; der Dachstuhl wird in einfacher Weise, so wie bei Holzfachwerk, aufgesetzt. Die einzelnen Bauteile können auf Vorrat hergestellt werden; sie sind leicht zu transportieren, und selbst wenige gelehrte Arbeiter sind imstande, sie an Ort und Stelle zusammenzufügen. Dadurch wird eine wesentliche Ersparnis an Arbeitszeit und Transportkosten gewonnen. Diese Bauten sind feuerfester, sie haben nichts vom Hausschwamm zu leiden und können bald nach ihrer Errichtung bezogen werden.

Die Außen- und Innenseiten der Wand lassen sich nach Belieben reinigen. In der Praxis hat es sich auch bewährt, zunächst die innere Seite des Hauses als sogenannte Abtischkonstruktion auszuführen. Zu diesem Zwecke wird die in Größe eines Stützensfeldes fertige Schalung von innen durch eine einfache Verriegelung zwischen je zwei Stützen befestigt und die Abtischmasse von außen angeworfen. Durch Weiterziehen der Verschalung sind nach kürzester Zeit sämtliche inneren Wandflächen fertiggestellt. Infolge der hohlen Doppelwand sind die Räume auch warm. So ist also trotz aller Schwierigkeiten, die der Mangel an Material und Arbeitskräften bietet, möglich, in kürzester Zeit feste, trockene und warme Kleinhäuslebungen zu beschaffen. Auch die nach dem Tuschereischen System verhältnismäßig sehr rasch herstellbaren Hallenbauten geben alle Voraussetzungen für klaglose Wohnlichkeit. Ein zeitgemäßes Einbausystem für Dachglas-scheiben, das den Kitt vermeidet, brachte die Firma J. Eberspäcker unter Verwendung ihrer U-förmigen Sprossenrinne zur Vorführung, indem sie das Oberlicht eines Werkstattraumes nach ihrem System ausführte, von dem sie Modelle ausstellte.

Vermischte Nachrichten.

* Die Opfer der Berliner Revolution. Bisher sind 63 Leichen zur Beisetzung auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain gemeldet worden, deren Angehörige eine gemeinsame Beisetzung wünschen. Der Termin der Beisetzung ist noch nicht festgesetzt worden. Ueber weitere vorhandene Leichen ist noch keine Bestimmung getroffen.

* Sie konnten zusammen nicht kommen. Im Altersheim zu Arnus wollten sich zwei Injassen — der Mann 74, die Frau 69 Jahre — heiraten. Dem widerzehrte sich, der städtische Ausschuss und meinte, in diesem Fall müßten die Leute das Heim verlassen. Der Mann schickte daraufhin eine Klage an das Ministerium, die sie an die Stadtverwaltung weiterjandte; aber auch diese trat dem Beschluß des Ausschusses bei. — Vielleicht kommt die neue Regierung den Liebenden mehr entgegen, jodas sie doch noch zusammen kommen können.

* Ein Steinzeitfund in Masuren. Als im Frühjahr 1915 die Russen in Ostpreußen einrückten, wurde bei Befestigungsbauten in Masuren ein wichtiger archäologischer Fund gemacht, wie A. Bezzenberger in der Zeitschrift *Mannus* berichtet. Am 17. März wurde das Preussische Museum vom Stellvertretenden Generalkommando Allenstein benachrichtigt, im Johannisburger Forst, unweit der Haltestation Puppen, sei man auf einen vorgeschichtlichen Fund gestoßen, dessen sofortige Befichtigung durch Sachverständige wünschenswert erscheine. Bezzenberger machte sich sogleich in Begleitung eines Fachgenossen auf und wurde an eine Stelle im Dienstlande der Försterei Waldersee, nahe dem Zusammenflusse des Uplid- und des Sbrusno-Sees, geführt. Die Fundstelle war bei der Entdeckung bereits beschädigt worden. Man übergab den beiden Archäologen ein der Erde entnommenes Steinwerkzeug, einen statischen, gut geglätteten Hammer aus Diabas mit Zylinderbohrung. Dieser Hammer war neben einem Skelett gefunden worden. Soweit Bezzenberger in der zur Verfügung stehenden Zeit die Grabstätte beurteilen konnte, muß es sich nach Lage der Skeletteile um einen liegenden Höcker gehandelt haben, der auf der rechten Körperseite ruhend, den Blick nach Süden gerichtet, beigelegt worden war. Bezzenberger kommt aus seiner Untersuchung zu dem Schlusse, daß das Grab der jüngeren Steinzeit angehört. Es handelt sich demnach um einen Fund, der für Ostpreußen als sehr selten zu bezeichnen ist.

Noter Dachshund

entlaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzugeben oder Mitteilung zu machen an

1425)

Ernst Debusmann, Dörnberg.